



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Bayern für den Spannungs- und Katastrophenfall rüsten – Potenzial der einsatzbereiten Menschen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Stärkung der Resilienz in Bayern die Voraussetzungen für eine zentrale Erfassung aller Menschen, die im Spannungs-, Verteidigungs- oder Katastrophenfall in Hilfsorganisationen, der Bundeswehr, den Feuerwehren oder in der kritischen Infrastruktur tatsächlich konkret einsatzbereit sind, zu schaffen und diese Erfassung umgehend umzusetzen.

Begründung:

Der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Europa verändert – und auch die sicherheitspolitische Lage Deutschlands und Bayerns. Spätestens seit Februar 2022 ist klar: Frieden und Sicherheit sind – anders als vorher – keine Selbstverständlichkeit. Auch das Wirken der Trump-Administration in den USA erfordert neue Anstrengungen zur Verbesserung der eigenen Verteidigungsfähigkeit.

Die SPD-Fraktion im Landtag steht für eine umfassende Sicherheitsvorsorge, die militärische Resilienz und zivile Handlungsfähigkeit zusammendenkt – eingebettet in das demokratische Wertefundament unseres Landes, fest verankert in EU und NATO. Für uns gilt: Sicherheit ist mehr als Aufrüstung – sie ist gesellschaftliche Resilienz, soziale Stabilität und demokratische Wehrhaftigkeit. Sie geht einher mit einer großen Wertschätzung für die Bundeswehr, unserer Parlamentsarmee, deren Anerkennung in der Gesellschaft gesteigert werden muss.

Nicht nur ein möglicher Verteidigungsfall, auch die zunehmenden Extremwetterlagen, wie Hochwasser, Hitzeperioden und Stürme, stellen den Katastrophenschutz vor neue Herausforderungen. Wir müssen als Gesellschaft auch auf technologische Risiken, Pandemien oder flächendeckende Stromausfälle vorbereitet sein. Ein moderner, flächendeckender und solidarischer Katastrophenschutz ist zentral, um Menschen zu schützen, Schäden zu minimieren und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Im Spannungs-, Verteidigungs- und Katastrophenfall oder bei hybriden Bedrohungen ist eine koordinierte Zusammenarbeit von zivilen Behörden und Bundeswehr zentral, um schnell handeln und Leben retten zu können.

Die SPD-Fraktion hat auf ihrer Klausurtagung ein umfangreiches Positionspapier „Sicherheit gemeinsam denken – Verteidigungsfähigkeit herstellen, zivile Zusammenarbeit ausbauen, Katastrophenschutz stärken“ erarbeitet und mit Hilfsorganisationen und Bundeswehr diskutiert. Ein zentraler Aspekt zur Stärkung der Resilienz in Bayern, der sofort umgesetzt werden kann und muss, ist die zentrale Erfassung aller Menschen in Bayern, die im Spannungs-, Verteidigungs- oder Katastrophenfall tatsächlich konkret

einsatzbereit sind. In der Praxis stellt sich das Problem der Doppelnennungen mehrfach engagierter Menschen, die z. B. sowohl in der Feuerwehr als auch beim Bayerischen Roten Kreuz als freiwillige Einsatzkräfte gelistet sind. Für einen größeren Katastrophen- oder Spannungsfall wäre es aber zwingend erforderlich, unmittelbare Kenntnis über die tatsächlich einsatzbereiten Menschen zu haben. Einige Hilfsorganisationen haben daher bereits begonnen, Doppelnennungen abzufragen, zwingend erforderlich ist aber eine zentrale Erfassung.